

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1934

273 (22.11.1934)

Ercheint täglich mit Ausnahme der Feiertage
Verzugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Anstalt frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.15
möglich 36 Pfg. Postzustellgebühr
Eingelummert 5 Pfg.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr
Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto:
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Heftestes Heimatblatt dieser Gegend mit den amtlichen Anzeigen. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 46 mm breite Millimeter-Zeile 5 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 15 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Zertitel ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifrechter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:
Vereinsbank Sinsheim
e. B. m. B. S.
Spar- u. Waisenkasse Sinsheim
(öffentl. Sparkasse)

Nr. 273.

Donnerstag, den 22. November 1934.

95. Jahrgang

Der einzig richtige Weg.

Vorschlag zu einer Konferenz der Großmächte. — Steht ein deutsch-englisch-französischer Luftpakt bevor?

London, 22. Nov. Ein Leitartikel der „Sunday Times“ knüpft an Baldwins berühmtes Wort, daß der Rhein heute Englands Grenze sei, an und betont, daß dieser Ausdruck keine Spitze gegen Deutschland gehabt habe. Baldwin habe lediglich zum Ausdruck bringen wollen, daß England in Holland, Belgien oder Nordfrankreich einerseits keine gegen England gerichtete Luftstützpunkte dulden und andererseits selbst dort Luftstützpunkte im Falle eines Krieges einzurichten versuchen werde. Weiter wendet sich das Blatt gegen die Behörde Churchill's, die von allem anderen abgesehen, bewußte Uebertreibungen der militärischen Möglichkeiten Deutschlands enthalten habe, und legt sich dann für einen deutsch-englisch-französischen Luftpakt ein.

Diese Idee, die schon wiederholt von der „Sunday Times“ zum Ausdruck gebracht worden ist, stammt zweifellos aus englischen Regierungskreisen und dürfte, wenn nicht die Anzeichen täuschen, demnächst in offizieller Form auftauchen.

Das genannte Blatt enthält bereits einige Andeutungen hierüber, wenn sie in ihrem zweiten, der Saar gewidmeten Leitartikel schreibt, daß, wenn die Volksabstimmung im Saargebiet mit der erwarteten Mehrheit für Deutschland ausgefallen sein werde, der Führer und Reichkanzler an ein Wort erinnert werden würde, das die Saarfrage das einzige sei, was die deutsch-französischen Beziehungen fördern könnte.

Von einer ähnlichen Voraussetzung aus geht der Leitartikel der „Sunday Dispatch“. Das Blatt erinnert daran, daß Reichskanzler Hitler bereits vor einem Jahre die Regelung der Saarfrage außerhalb des Völkerbundes durch direkte deutsch-französische Verhandlungen angeregt und damit als einziger europäischer Staatsmann einen konkreten Vorschlag für die Erhaltung des Friedens gemacht habe. Dieser Vorschlag sei in den Akten des Völkerbundes verschwunden, und der einzige Weg aus dem jetzigen Dilemma herauszukommen, sei eine englisch-deutsch-französische Konferenz.

zu der England die Initiative ergreifen müsse. Wir glauben nicht, so schreibt das Blatt zum Schluß, daß Deutsch-

land oder Frankreich den Krieg wollen, oder daß die zwischen den beiden Ländern vorhandenen natürlichen Gegensätze nicht wenigstens für 50 Jahre neutralisiert werden könnten, wenn nur die richtigen Staatsmänner zusammenkämen und die richtigen Dinge sagten.

Im englischen Parlament unternahm der Führer der Opposition, Lansbury, scharfe Angriffe gegen die englische Regierung. Er bedauerte die erhöhten Rüstungsausgaben Englands, und betonte mit Nachdruck, daß der nächste Krieg, gleichgültig, ob er im Stillen Ozean oder in Europa ausgetragen werde, das Ende der Zivilisation bedeuten würde.

Es wird, fuhr Lansbury fort, im Falle gegen eine große Nation, gegen Deutschland, gerichtet. Man hat diese Nation bereits in den Staub gestoßen und sie zerstückelt, wie keine andere moderne Macht je zerstückelt worden ist. Für die gegenwärtige Lage sind die Friedensverträge in hohem Maße verantwortlich.

Man muß sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, einen Plan auszuarbeiten, der es den Staatsmännern der Welt ermöglicht, aus dem gegenwärtigen Wirrwarr einen vernünftigen Ausweg zu finden, statt daß Deutschland und Frankreich gegeneinander rüsten und Großbritannien sehr weitgehend sein Kriegsmaterial verliert.

Auf die Ausführungen Lansburys antwortete Ministerpräsident Macdonald im Namen der Regierung. Macdonald gab zu, daß die gegenwärtige politische Lage unsicher geworden sei. Trotzdem werde die englische Regierung fortfahren, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Probleme und Schwierigkeiten, die von Zeit zu Zeit zwischen den Völkern auftauchen, auf friedlichem Wege gelöst werden.

Die Lage der Abrüstungskonferenz, erklärte Macdonald weiter, ist zwar nicht verzwweifelt, aber bestimmt auch nicht allzu hoffnungsvoll. Wenn wir zu Anfang nächsten Jahres wieder nach Genf gehen, sind wir entschlossen, neue Versuche zu unternehmen, um doch noch etwas Wesentliches aus den Beratungen dieser Konferenz herauszuschlagen. Inzwischen müssen wir uns mit der Verteidigung unseres Reiches befassen (!)

In Genf und Rom.

Berlin, 22. November. (Eigener Bericht). Die Saarverhandlungen im Schoße des Dreierkomitees in Rom schreiten rüftig vorwärts, nachdem die beiderseitigen Sachverständigen zugezogen worden sind. Gleichwohl wünscht Baron Wolff keine Ueberhäufung. Nur die englischen Delegierten legen Wert darauf, daß noch Ende dieser Woche der Völkerbundsrat mit der Saarfrage befaßt wird. Angesichts der Zurückhaltung der französischen Sachverständigen und angesichts der klaren Stellungnahme des Vatikans zur Saarabstimmung besteht der Eindruck,

daß sich die weiteren Besprechungen in einer Atmosphäre der Sachlichkeit und Logik abspielen werden. Selbst in Völkerbundskreisen scheint man — und das ist für Deutschland eine erfreuliche Feststellung — den Geschmach am laarländischen Status quo allmählich verloren zu haben.

Die „Tribuna“ sagt, daß man nach einer anfänglichen Verschärfung der Stimmung jetzt den Eindruck habe, als ob die beiden Hauptbeteiligten es als wünschenswert erachteten, ohne Zwischenfälle bis zur selbstgeleiteten Abstimmung zu gelangen. Laval scheint in dieser Richtung eine reale Politik zu betreiben.

Die Abstimmungskommission hat dem Völkerbund mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der in die Wählerliste eingetragenen Personen am Stichtag, dem 26. September 592 740 betrug.

Von den über 46 000 Einsprüchen der Opposition seien nur 7 200 berechtigt gewesen.

Der französische Vorkämpfer in Rom, de Chambrun, hatte am Dienstag eine längere Unterredung mit Mussolini und anschließend mit dem österreichischen Bundeskanzler Schulz. Man nimmt an, daß de Chambrun dem Duce das französische Angebot unterbreitet habe.

In Genf hatte der französische Außenminister Laval Zusammenkünfte mit Titinow, mit Eden und mit dem türkischen Außenminister.

In dem Gespräch mit Titinow soll es sich um die weitere Behandlung der Ostpaktfrage gehandelt haben. Der Außenpolitiker des „Paris Soir“ will wissen, daß man bei dieser Besprechung um einen Schritt weitergekommen sei. Es sei festzustellen, daß im Genfer Spiel des Gleichgewichts Sowjetrußland ein Hauptfaktor geworden sei. Sowjetrußland werde sich, je mehr es Polen mißtrauen müsse, auf Belgrad, Prag und Bukarest stützen.

Vor dem Völkerbund steht neben der wichtigen Saarfrage auch der Gran-Chaco-Streit zur Debatte. Die Völkerbundsversammlung soll hier ein Nachwort sprechen, scheint aber dazu nicht in der Lage zu sein, wie bereits die neuesten Meldungen erkennen lassen. Man hat von Völkerbundsseite aus ein Friedensprogramm aufgestellt. Die beiden kriegführenden Parteien sollen vor allem verpflichtet werden, eine „neutrale“ Zone zwischen der Kampffront zu schaffen, um dann — erst dann — die Friedensverhandlungen aufzunehmen. Eine große Aussicht, diesen Plan zur Verwirklichung zu bringen, besteht jedoch nicht.

Wenn augenblicklich haben gerade die paraguayischen Truppen mit neuen Offensivhandlungen begonnen. Weiter hat der Präsident von Paraguay bereits telegraphisch mitgeteilt, daß die Vorschläge des Völkerbundes auf kalten Voraussetzungen beruhen. Es sei unmöglich, die Truppen 50 Kilometer zurückzuzie-

hen, denn sie müßten da stehen bleiben, wo sich Möglichkeiten für ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wasser bieten. Paraguay müsse deshalb die Forderungen des Völkerbundes ablehnen. Was will da der Völkerbund tun? Nichts! Er hat nicht die Machtmittel dazu, um diesen Krieg, der bereits 50 000 Todesopfer forderte, zu beenden.

Die Autorität des Völkerbundes wird durch diese Angelegenheit keineswegs gefährdet!

Oesterreich fordert Gleichberechtigung

Genf, 21. Nov. Im Laufe der Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz gab der Vertreter Oesterreichs, Baron Filigiel, die Erklärung ab, keinem Abrüstungsabkommen zuzustimmen zu können, ehe nicht auch Oesterreich die Gleichberechtigung wenigstens hinsichtlich der Verteidigungswaffen erhalten habe.

Emigrantenhege in der Schweiz

Genf, 22. Nov. Die „Neue Basler Zeitung“ nimmt die Züricher Multimillionen im Kabarett von Erika Mann zum Anlaß, um die Frage der Emigrantenumtriebe in der Schweiz zur Sprache zu bringen. Man begreife ohne weiteres, schreibt das Blatt, daß die nationalgefunnte Jugend gegen diese in ein künstliches Gewand gekleidete und von unseren Behörden gebildete Hege der Emigranten gegen ihr einträgliches Vaterland demonstrieren. Das Kabarett treibe immer unerbittlicher politische Agitation gegen das nationalsozialistische Deutschland und gebe den Hochgefühlen der deutschen Emigranten immer hemmungsloser im schweizerischen Gastland Ausdruck. Es wäre nunmehr an der Zeit, so verlangt das Blatt, daß die Bundesbehörden der agitatorischen Tätigkeit der deutschen Emigranten, die immer fähbarer werde, ihre Aufmerksamkeit schenken würden. Die Schweiz dürfe nicht zum Schauplatz von Kundgebungen werden für noch gegen das nationalsozialistische Deutschland werden. Die Züricher Zwischenfälle haben gezeigt wie gefährlich es sei, wenn die Behörden die deutschen Emigranten Unruhe und Unfrieden im Lande verbreiten lassen. Die von den sozialistischen Behörden der Schweiz geschützten Emigranten welcher Nationalität sie auch sein mögen, dürften das ihnen gewährte Asylrecht nicht weiter zur Vergiftung der schweizerischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten mißbrauchen.

Gefährliche französische Hege.

Paris, 20. Nov. In Erwartung der Ratstagung hat die französische Presse zu einem erneuten großen Feldzug für die Saar ausgeholt. Die große Mehrheit dieser Presse, vor allem aber die Rechtsblätter, verlangt von Laval strikte Weiterverfolgung der Barthouischen Saarpolitik mit der Begründung, daß ein Abschließen Frankreichs als „Anwalt von Versailles“ in der Saarfrage den Zusammenbruch des französischen Prestiges nach sich ziehen müßte.

Wie gefährlich diese systematische Aufbebung einer französischen Leserschaft ist, die an und für sich nur in ganz verschwindendem Umfange über die Saar Bescheid weiß, geht daraus hervor, daß diese Pressekampagne absichtlich zusammengeschoppelt wird mit einem Alarmfeldzug gegen die angebliche deutsche Aufschwüfung. Die Schlussfolgerung zu ziehen, daß angeblich Deutschland deshalb aufrüste, um in der Saar einen Vorwand zu fin-

den, gegen Frankreich aufzutrompsen, wird möglichst spruchreif dem französischen Leser überlassen. Dieser gefährlichen Hegearbeit stehen vermittelnde Blätterstimmen der französischen Linken und der jungen radikalsozialistischen Kreise gegenüber. Hier ist es vor allem der „Notre Temps“, der seit einiger Zeit in anerkannter Weise zur Ruhe und Bestimmung aufruft.

Der Vatikan zur Saarabstimmung.

Paris, 20. Nov. Der Berichterstatter des „Petit Journal“ in Rom meldet zu den Verhandlungen, die Außenminister Laval vor seiner Abreise aus Paris mit dem apostolischen Nuntius in Paris, Maglione, und dem französischen Vorkämpfer beim Vatikan, Rouz, hatte, der Vatikan habe nach reiflicher Ueberlegung der französischen Regierung den Standpunkt zur Kenntnis gebracht, den er hinsichtlich der Saarabstimmung für den dortigen Klerus einzunehmen sich entschlossen habe. Die Saarbevölkerung würde von ihren Priestern, wenn auch nicht förmliche Ratsschlüsse, so doch den Hinweis erhalten, daß die Stimmabgabe für die Rückkehr nach Deutschland „als Ausdruck ihrer vollkommen wohlberechtigten (legitime) Ansicht“ angesehen werden würde.

Signale!

Nach gewöhnlich langer Zeit ist nochmals ein deutliches Wort zu der „Grenze am Rhein“ gefallen. Der niederländische Gesandte in London war neugierig genug, wie der holländische Außenminister in der Kammer meinte, Baldwin in London nach dem Sinn seines berühmten Satzes zu fragen. Die Antwort ist voll diplomatischer Höflichkeit und liegt sich so einfach: Die Entwicklung der Lufttechnik lasse es nicht mehr zu, daß bei einem Luftangriff auf England der Angriff erst in dem Augenblick als gegeben betrachtet werde, wenn die Flugzeuge an den britischen Grenzen seien. Sie müßten vielmehr bereits signalisiert werden, wenn sie am Rhein seien. Baldwin lehnt in diesem Zusammenhang jede Zusammenarbeit oder Pläne gemeinsamer Anlegung von Flughäfen usw. in Holland oder in irgendeinem anderen Land weit weg. Ein einfacher Verstand fragt sich nun, woher müssen oder können die Flugzeuge kommen, wenn sie am Rhein signalisiert werden? Etwas gar über Deutschland hinweg von Holland? So wars sicher nicht gemeint! Es ist vielleicht möglich, wenn es in London vergessen worden zu sein scheint, zu wiederholen: Der Erbfeind Englands heißt gewiß nicht Deutschland! Das der englische Erbfeind im Falle des Falles aber zuerst einen großen Vogen steigen wird, nur um vom Rhein signalisiert werden zu können, ist kaum anzunehmen. Der Schnelligkeitsvorsprung des Flugzeuges ginge dadurch wirklich verloren.

Erhörtlich — einigermaßen erstaunlich — bleibt die Kühle, mit der die Forderung Oesterreichs nach Gleichberechtigung in Genf allenthalben aufgenommen worden ist. Freilich beschränkt sich diese Forderung auf die Gleichberechtigung der Verteidigungswaffen. Wer den Text der Meldung aber genauer liest, kann bemerken, daß Oesterreich sich nicht in der Lage sieht, einem Abrüstungsabkommen zuzustimmen, das die Gleichberechtigung nicht vorsieht. Was dann, wenn es zu einem Abrüstungsabkommen nicht kommt? Und es scheint immerhin recht zweifelhaft, ob es dazu noch reicht, rein zeitlich vielleicht nur! Wenn nichts zustande kommt, ist freilich die Meldung kein Signal. Interessant übrigens, daß man in Wien von der Erklärung vollkommen überrascht war.

Ganz behutsam ist man in Genf bemüht, aus der südslawischen Anlage wegen des Mordes in Marseille kein Signal der europäischen Politik werden zu lassen. Wohl spricht Frankreich, um seiner Freundschaft willen, Belgard das Recht nicht ab, hat den Gedanken sogar hart unterkühlt, aber... jetzt in Genf, nachdem die Schreckenswirkung nicht wie erwartet groß war, sieht sich die Sache doch etwas anders an. Man merkt so leise, daß die allgemeine Spannung zu groß und zu vielseitig ist, um mit dieser Anlage und ihrer Austragung dem Frieden dienen zu können. Besonders von London her hat man stark abgewunken, das Terrain ist zu gefährlich. Man spricht von Vertagung bis Januar. Die Spannung mit Italien darf auch nicht verschärft werden. Und schließlich hat man sich anscheinend doch gefragt, was werden soll, wenn die Kleinststaaten am Balkan alle gegen Ungarn sind und Südslawien Genugtuung durch Krieg fordert, wenn der Völkerbund sie nicht geben kann oder nicht geben will. Die Belgrader „Breme“ hat sich, wie wir gestern meldeten, in dieser Richtung unzweideutig ausgesprochen. Daß auch „Echo de Paris“ das Wort „Strafrieg“ in den Mund nimmt, erwidert wenig verantwortungsvoll für den europäischen Frieden. Sonst ist die Pariser Presse zufrieden mit den bisherigen Ergebnissen, die sie darin sieht, daß der südslawische Außenminister von der 10-jährigen Vertagung seiner Deutschland absteht, und daß, wie Bertinax im „Echo de Paris“ anscheinend sehr beruhigt erklärt, die Debatte nicht erweitert wird, d. h. auf Ungarn beschränkt bleibt. Das ist südslawische Sache.

In wenigen Worten

Berlin: Der bisherige kommissarische Kirchenführer Dr. Jochen ist zum braunschweigischen Landesbischof gewählt worden.

Paris: Arbeitslose besetzten am Dienstag, als gerade die Stadtwärter tagten, das Rathaus von St. Quentin, um die Anhebung von Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung durchzusetzen. Erst als der Bürgermeister die Erfüllung der Forderungen versprach, zog die Besatzung wieder ab.

Haag: Bei der Aussprache in der Zweiten Kammer über die holländische Politik gab Außenminister de Graeff die Erklärung Baldwins zu seinem Wort „Englands Grenze liegt am Rhein“ wieder und betonte, daß er noch mehr nachdrücklich feststellen wolle, daß Holland niemals seine traditionelle Unabhängigkeitspolitik preisgeben werde.

London: Im englischen Parlament begann am Dienstag nachmittags nach der Vertagung der Thronrede durch den König die dreitägige Debatte über die Antwortadresse. Churchill brachte einen Antrag ein, der besagt, daß die Stärke der britischen Verteidigungskräfte nicht ausreichte, um die Sicherheit und die Freiheit der britischen Untertanen zu gewährleisten.

Bukarest: Die Gültigkeit der vom 15. August bis 15. November erteilten Ausfuhrbewilligungen sind bis zum 15. Februar verlängert worden.

Etwas ausgesprochen sind verschiedene Sonderberichterhatter französischer Zeitungen in Genf. So sagt der des „Deuvre“, man habe noch nie die unsichtbare Anwesenheit Deutschlands in Genf gespürt wie jetzt. Diese Tatsache sei Tagesgespräch. Man ist darauf vor allem durch die Feststellung gekommen, daß die südslawische Delegation und die Suche nach den Urhebern des Mordes in Marseille die Beziehungen Berlin-Belgrad nicht trüben konnte, daß vielmehr durch die kluge Politik des Führers die Beziehungen sich wesentlich verbessert hätten. Daher also weht der Wind! Völlig abwegig muß es aber bezeichnet werden, wenn behauptet wird, Deutschland könne heute schon nach seinen Wünschen Gewaltlösungen hervorrufen. Infolge dessen verließen die Mitglieder des Völkerbundes, Deutschland zur Mitarbeit an einem europäischen Sicherheitssystem heranzuziehen. „Wie wenn nicht — wie oft muß noch daran erinnert werden — Adolf Hitler sich schon so oft zur Garantierung des europäischen Friedens bereit erklärt und Gewaltlösungen kritisch abgelehnt hätte. Allerdings unter einer Bedingung: der Gleichberechtigung. Diese Forderung wird in Genf stark von Italien aus unterstrichen und unterstützt. Auch diese Tatsache wird erneuert Staub auf, und etwas resigniert heilt der Berichtshatter des „Deuvre“ fest, mit einer italienischen Opposition gegen Deutschland sei nicht zu rechnen. Der Meinung sind wir auch, Italien könnte sich diese Opposition im Augenblick auch nicht leisten.

Caval hat nun seinen baldigen Besuch in Rom in Aussicht stellen können. Daran mag nicht zuletzt schuld sein, daß der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers mit seinen Auswirkungen Signal gegeben hat. Der französische Gesandte in Rom war in Paris gewesen, hatte sich neue Weisungen geholt, darauf bei Mussolini vorgelesen und daraufhin in Rom eine Unterredung mit Schuschnigg gehabt. Will sich Frankreich — etwa gegen Gegenleistungen in Afrika? — einschalten, nachdem es erkannt hat, daß aus der konsequenten Politik Rom-Wien-Budapest ein fester Block wird. Der kein Block sein soll! In Italien will man das Wort nicht hören; man lehnt vielmehr mit Nachdruck ab und sagt, alle Mächte könnten dem freundschaftlichen Verhältnis beitragen. Ein Wink an Deutschland? Mit welchem Zweck? Soll —

wir wiesen kürzlich darauf hin — auf allerlei Umwegen verlockt werden, was direkt — Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund ohne Gleichberechtigungsforderung — nicht geht? Oesterreichs Politik wird aktiviert, zu welchem Zweck?

Die Bestrebungen sind schon recht vielfältig, Deutschland wieder festzulegen. Und es ist viel Wahres daran, an dem Empfinden des Sonderberichterhatters des „Deuvre“ in Genf von der unsichtbaren, aber deutlich und stark spürbaren Anwesenheit in Genf. Aber — das ist gewiß nicht unsere Schuld, sondern die der Genfer Mächte, die zunächst glaubten, Deutschland isolieren zu können und die nun sehen, daß — von ihrem eigenen Gesichtspunkt aus in der großen europäischen Politik — die Isolierung dem Völkerbund sehr schlecht bekommen ist. Wenn der Körper Europa aus seinen Fieberwegen gesund aufstehen soll, kann dies nicht erreicht werden, wenn man das Herz Europas isoliert und ihm seine Berechtigung verweigert, eben das Herz zu sein.

Das Kabinett Theunis gebildet

Brüssel, 21. Nov. Die neue Regierung ist trotz der Schwierigkeiten, die in letzter Stunde wegen der Befehle des Unterrichtsministeriums entstanden waren, noch in später Nachmittagsstunde gebildet worden. König Leopold hat kurz vor Mitternacht Theunis empfangen und der ihm vorgelegten Ministerliste seine Zustimmung erteilt. Das Kabinett besteht folgendermaßen zusammen:

- Ministerpräsident ohne Portefeuille: Theunis, Katholik
- Minister ohne Portefeuille: Franco, liberal
- Außenminister: Symons, liberal
- Landesverteidigungsminister: Devèze, liberal
- Justizminister: Vovelle, liberal
- Innenminister: Pierlot, Katholik
- Unterrichtsminister: Siraux, liberal
- Minister für öffentliche Arbeiten, Landwirtschaft und Mittelstand: van Cauwelaert, Katholik
- Arbeitsminister: Kubes, Katholik
- Wirtschaftsminister: van Nader, Katholik
- Verkehrs- u. Postminister: du Bus de Warnaffe, Kath.
- Kolonialminister: Charles, Katholik.

Marsch auf Washington?

Auffeherregende Enthüllungen über angebliche Putschpläne in den Vereinigten Staaten.

New York, 22. Nov. Die Evening Post hat Berichte über einen angeblichen Putschplan veröffentlicht, die ungeheures Aufsehen erregt haben. Nach den Enthüllungen des genannten Blattes handelt es sich um nicht mehr oder weniger als

einen Militärputsch, der zur Errichtung einer Diktatur in Washington führen sollte.

Danach soll der Mitinhaber einer bekannten New Yorker Maklerfirma, Gerald MacGuire im Auftrag einiger reicher Wallstreet-Bankiers an den früheren Oberbefehlshaber des Marinekorps, General Butler, herangetreten sein und versucht haben, den General zur Uebnahme der Leitung des Putschs zu veranlassen.

Butler sollte nach dem Plan mit einem Heer von Kriegsveteranen nach Washington marschieren, die Regierung zum Rücktritt zwingen und eine faschistische Militärdiktatur errichten.

General Butler hat da er die Pläne ablehnte, sofort die zuständigen Behörden verständigt. Die Untersuchungskommission des Senats ist darauf bereits am Mittwoch zusammengetreten und hat sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. General Butler hat in zweifelhafte Ausführlungen über den Putschplan berichtet und dabei u. a. erklärt, daß man ihm drei Millionen Dollar versprochen habe, falls er den Marsch auf Washington durchführen würde. Der stellv. Vorsitzende der Untersuchungskommission Dickstein kündigte an

daß in den weiteren Verhandlungen, die jetzt öffentlich sein würden, noch viel bekanntere Namen als der Butlers genannt werden würden.

Gerald MacGuire beitrete im übrigen auf das energischste, an Butler mit dem genannten Vorschlag herangetreten zu sein.

Sowjetrussische Vorbereitungen in Asien

London, 22. Nov. Ein Sonderberichterhatter der „Morning Post“ meldet, er habe auf einer Bahnfahrt zwischen Jertusk und Chabarowsk bei jeder Station Flugenschuppen mit vielen Flugzeugen gesehen. Die Anzahl der Schuppen habe sich seit einem Jahre verdoppelt. Alles deute darauf

hin, daß Sowjetrußland auf einen Angriff an seiner asiatischen Grenze durchaus vorbereitet sei. Die Eisenbahnlinie vom Baikalsee nach dem Amur sei jetzt zweigleisig, um vor allem Kriegsmaterial ununterbrochen ohne Behinderung durch entgegenkommende Züge befördern zu können. Der Oberbefehlshaber der Sowjetreitkräfte im Fernen Osten, General Wlucher, sei letzte Woche von einer Besichtigungsfahrt aller dortigen Sowjetreitkräfte zurückgekehrt. Er sei mit der Befassung der Soldaten sehr zufrieden.

Eine „Erhebung“ Meldung aus Chabarin erwähnt die Verbesserung starker Truppenmassen und großer Mengen von Kriegsmaterial aus dem Innern Sowjetrußlands nach dem Fernen Osten.

Griechenland will 250 Militärflugzeuge bestellen

Athen, 22. Nov. Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat die Regierung beschlossen, in Abständen insgesamt 250 Militärflugzeuge zu bestellen. Weiter wurde beschlossen, eine Anleihe von 200 Millionen Drachmen aufzunehmen und mehrere Flughäfen zu bauen, die dem internationalen Verkehr dienen sollen.

Matuschka zum Tode verurteilt

Budapest, 21. Nov. Das Budapester Strafgericht hat den Eisenbahntäter Matuschka wegen vorsätzlicher Ermordung in 22 Fällen, zum Tode verurteilt.

Unerwartete Folgen

Wien, 22. Nov. Die Wiener Spar- und Darlehnskassen für Bundesangehörige hat die Verhängung der Geschäftsaufsicht nachgesucht. Rein rechnerisch wäre die Sparkasse, die sich mit der Anlage von Beamtenehrlern und Kreditgewährung an Beamte befaßt, aktiv, jedoch ist ein großer Teil der Schuldner der Sparkasse bei der „Zauberungsaktion“ unter der Staatsbeamtenschaft wegen der Ereignissen vom 12. Februar und 25. Juli ihrer Stellen für verlustig erklärt worden. Da die Leute jetzt vollkommen ohne Einkommen sind, sind auch ihre Schulden uneinbringlich.

Dr. Goebbels wünscht:

Mehr Zivilcourage in der deutschen Presse

Auf dem ersten deutschen Reichspressefest, der am Sonntag im ehemaligen Herrenhaus in Berlin zusammentrat, nahm auch der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels das Wort.

Er legte im einzelnen dar, welche Fehler und Mängel er der deutschen Presse nach vor ein Jahr vorkommen müßte, um damit zugleich auch darzutun, wie viel sich bereits in dieser verhältnismäßig kurzen Zeitspanne geändert hat. Im wesentlichen seien es Fehler gewesen, wie Eingeschlossenheit, Mangel an Zivilcourage und Resignation. „Ich habe zu meiner Freude festgestellt“, so fuhr der Minister fort, daß sich sehr vieles geändert hat, und das meiste zum Guten.

Die Presse besitzt heute ein positives Verhältnis zur Regierung und die Regierung ein positives Verhältnis zur Presse; sie beide stehen nicht mehr in Kampfhaltung zueinander.

Es gibt schon wieder eine Unmenge von Problemen des öffentlichen Lebens, die frank und frei in der Presse diskutiert werden. Der Uebelstand der Langeweile ist überwunden, die deutsche Presse hat heute wieder ein Gesicht, sie ist interessant, aktuell, anregend, sie ist Impuls und Schwung auf die ihr gemäße Art in die Linie der großen Gesamtpolitik ein. Damit hat sie allmählich auch ihr eigenes Selbstbewußtsein zurückgewonnen, und sie robert sich damit nach und nach wieder den ihr gebührenden Platz im öffentlichen Leben.

Es war schmer, die Beeinflussung der deutschen Presse zurückzubringen. Die Schuld an diesem Uebel lag nicht nur bei der Presse, sondern vielfach auch bei den Stellen, die sie zu beeinflussen suchten. Eine neue Sachlichkeit ist an die Stelle des Uebermaßes getreten, eine Sachlichkeit, die allerdings nicht zu vergleichen ist mit jener liberalen Objektivität, die Freund und Feind, Inland und Ausland in gleicher Weise gerecht zu werden suchte. Diese neue Sachlichkeit durchdenkt die Probleme ernst, nüchtern und sentimentalitätslos und sucht sie auch ebenso darzustellen in der Ueberzeugung, daß Klugheit und überhäumendes Temperament nicht Jahrzehnte konzentriert werden können und es deshalb gut ist, aus ihrer Atmosphäre für den Alltag

überzutreten in die der Sachlichkeit.

Auch der Nationalsozialismus konnte ja die Probleme, die

ihm die Zeit aufgegeben hatte, nicht allein mit Begeisterung lösen. Und wenn heute die uns feindliche Emigrantenpresse feststellen zu können glaubt, daß in Deutschland nicht mehr so viel Hurra geschrien werde, so lag das ja in der Natur der Sache: Wir wollten zur sachlichen Arbeit kommen und die ganze Begeisterungsfähigkeit und den Idealismus unseres Volkes auf sie konzentrieren. Die Presse hat sich wieder der großen Schicksalsfragen unseres Volkes bemächtigt und mit wachsendem Einfühlungsvermögen die Situation gemeinert. Das allein hat auch der Presse den ihr gebührenden Platz zurückgegeben. Ich möchte aber auch diesmal nicht den Mantel der Liebe über Zustände decken, die noch einer Verbesserung bedürfen. Es sind das meist Dinge, die nicht allein bei der Presse liegen, sondern auch bei den Stellen, die immer noch und immer wieder die Presse in ungerechtfertigter Weise zu beeinflussen versuchen. Dr. Goebbels gab dafür eine Reihe anschaulicher, teilweise mit stürmischer Heiterkeit aufgenommener Beispiele, aus denen er den Grundlag herleitete, daß man die Presse zwar disziplinieren solle in den großen nationalen Schicksalsfragen, nicht aber in Kleinigkeiten, die zu den Arbeiten des Tages gehören, weil ein solches Vorgehen nur geeignet sei, die Arbeitslust zu schmälern. Nicht moralisierende Engenparker sollten die deutschen Schriftsteller sein, sondern offene und freie Renaissancemenschen, die das Leben sehen und erfassen, so wie es der Nationalsozialismus von seinem Anfang an tat. Die Aufgabe der deutschen Nation wieder Weltklang zu geben, ist des Schweiges der Besten wert. So möchte ich auch an Sie wieder einmal den Appell richten, mit starkem Herzen dem Vaterlande zu dienen, denn es hat keine anderen Freunde als uns. Die Welt will uns oft nicht wohl, und wir haben nicht allzu viele Freunde in ihr. So wollen wir denn die Freunde unseres eigenen Landes sein. Wir können uns nur auf uns selbst verlassen! Wir müssen tapfer und mutig sein und dürfen niemals mißde werden!

In stürmischer Beifallsstundgebungen begangen die Vertreter der Presse des Reiches Dr. Goebbels ihre Dankbarkeit für seine aus der Tiefe kommenden und zu Herzen gehenden Ausführungen.

Der Reichspresseschef der NSDAP, Gruppenführer Dr. Otto Dietrich, führte darauf u. a. aus:

Die deutsche Presse arbeitet, als Ganzes gesehen, in einem einheitlichen, völkerverbundenen Geist,

der sich von den früheren Zuständen baskonlonischer Geistesverwirrung wohltuend unterscheidet. Einheitlichkeit der Meinung bedeutet allerdings nicht Einheitlichkeit der Meinung. Nur die Einheitlichkeit der Gesinnung über-

windet letzten Endes die Uniformität der Meinung, wenn wahre Freiheit ist nur da, wo reine Gesinnung und echtes Gemeinschaftsbewußtsein die Grundlage bilden.

Der Führer besucht Generaloberst von Blomberg

Dresden, 22. Nov. Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg weilte bekanntlich seit einigen Wochen in Dresden in einem Sanatorium zur Kur. Der Führer und Reichsführer Adolf Hitler hatte ihm am Mittwoch von München kommend einen Besuch ab

Joachim Ringelnatz gestorben

Berlin, 21. Nov. Wie Berliner Blätter melden, ist der bekannte deutsche Dichter, Kabarettist und Maler Joachim Ringelnatz im Alter von 51 Jahren gestorben. Seine Erkrankung hat am Dienstag in Berlin in aller Stille stattgefunden. Ringelnatz, dessen eigentlicher Name Hans Böttcher war, hatte testamentarisch festgesetzt, daß sein Tod erst nach seiner Einäscherung bekanntgegeben werden dürfte.

Sicherstellung des Saatgutes

Gesetz zur Sicherung der Düngemittel- und Saatgutverfügung

Berlin, 21. Nov. Im Rahmen der vom Reichsnährstand aufgenommenen „Erzeugungsschlacht“ ist eine ausreichende Düngemittel- und Saatgutverfügung der Landwirtschaft eine unentbehrliche Voraussetzung. Die Reichsregierung hat deshalb ein besonderes Gesetz zur Sicherung der Düngemittel- und Saatgutverfügung erlassen. Dieses gibt aus der Forderung für Lieferung von Düngemitteln für die Ernte 1935 ein gesetzliches Pfandrecht an den Främlern der Ernte 1935 in gleicher Weise, wie dies für die letzte Ernte der Fall gewesen ist. Entsprechend den übereinstimmenden Wünschen der Landwirtschaft, der Düngemittelhersteller und der Kreditinstitute wird dadurch denjenigen Bauern und Landwirten, die zu einer sofortigen Darlehenzahlung der Düngemittel auf den bisherigen Lieferungswegen gegen einen aus der nächsten Ernte abzudeckenden Kredit zu bestehen.

Durch eine sachgemäße Düngung wird ein Mehr an Erträgen erzielt, das über den Aufwand für die Düngung erheblich hinausgeht. Der Betrieb des Bauern steht daher auch nach Ausschüttung derjenigen Erntemengen, die für die Rückzahlung der Düngemittelforderungen erforderlich sind, besser da, als wenn die Düngung unterblieben wäre. Gleichzeitig bringt das Främlerpfandrecht die Düngemittelhersteller (Händler und landwirtschaftliche Genossenschaften) in die Lage, auch in solchen Fällen Düngemittelforderungen zu geben, in denen ihnen dies sonst mangels hinreichender Sicherung nicht möglich gewesen wäre.

Das Gesetz stellt das Främlerpfandrecht für die Forderungen aus der Lieferung derjenigen Düngemittel vor, die ab Dezember (bislang ab Januar) beschafft werden. Während das Främlerpfandrecht bisher an die Vorauszahlung gebunden war, daß sich die Düngemittelbeschaffung und Verwertung „im Rahmen der bisherigen Wirtschaftsweise“ halte, ist nunmehr im Interesse einer Steigerung der Erzeugung vorgeesehen, daß das Främlerpfandrecht Pfand greift, wenn die Beschaffung und Verwendung „im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaftsweise“ erfolgt, so daß danach ein Främlerpfandrecht auch in denjenigen Fällen gegeben ist, in denen bisher gar nicht oder nur in unzulänglichem Umfang gedüngt ist. Es wird damit der Notwendigkeit Rechnung getragen, den deutschen Boden reiflos auszunutzen und die Erzeugung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu steigern.

Im übrigen entspricht die Ausgestaltung des Främlerpfandrechts der vorjährigen Regelung. Das Pfandrecht ist von dem Vollstreckungsschutz freigestellt, erstreckt sich aber nicht auf die unpfändbaren Gegenstände, d. h. auf diejenigen Früchte, die zur Fortführung der Wirtschaft bis zur nächsten Ernte, bei Erbhöfen auch zur Unterhaltung des Bauern und seiner Familie bis zur nächsten Ernte erforderlich sind. Dem von der Düngemittelhersteller gewährten Kredit ist der zur Bezahung des Lieferanten bei einem Kreditinstitut angenommene Kredit wie bisher gleichgestellt.

In gleicher Weise ist ein gesetzliches Främlerpfandrecht für Kredite aus der Lieferung von Hochzucht Saatgut und von anerkannter Saatware, mit Ausnahme von Rübenlamen vorgeesehen.

Verbot von Preisbindungen.

Eine neue Verordnung.

Berlin, 19. Nov. Dem Reichskommissar für Preisüberwachung ist zur Kenntnis gekommen, daß Verbände, Vereine und andere Zusammenschlüsse den Versuch machen, das Verbot von Preisbindungen dadurch zu umgehen, daß sie Formblätter für Kostenberechnungen von Fall zu Fall oder in regelmäßiger Folge an ihre Mitglieder versenden und Kosten und Preiszahlen eintragen. Es wird auf diese Weise versucht, gewisse einheitliche Preisfestlegungen zu erzielen. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat daher eine Verordnung zur Förderung selbständiger Kostenberechnungen in der Wirtschaft erlassen, in der dies untersagt wird. Die Verordnung wird im Reichsgesetzblatt und Reichsanzeiger veröffentlicht. Zuwiderhandlungen werden mit entsprechenden Strafen belegt. Die Ausgabe von Formblättern ohne Kosten und Preiszahlen ist jedoch zulässig.

Betriebsappell statt Kontrolluhr.

Berlin, 20. Nov. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Ley, hat sich auf eine neue große Deutschlandreise begeben, um durch eine planmäßige Besichtigung von Betrieben wie enge Verbindung mit dem Alltagsleben der Schaffenden zu wahren. Sein besonderes Interesse wird Dr. Ley auf dieser Reise der Durchführung und Ueberprüfung der Betriebsappelle widmen, die auf Einwirkung der Deutschen Arbeitsfront in steigendem Maße in Deutschlands Arbeitsstätten an Stelle der entwürdigenden Kontrolluhren und Steduhren treten.

Die Reise begann bereits am Montag; sie wird bis Februar des nächsten Jahres dauern. Von Thüringen, wo Dr. Ley eintraf, geht es nach dem Rheinland, nach Süddeutschland, Schlefien und Hannover. Am Mittwoch, den 19. Dezember, wird er dem Gau Baden, am Donnerstag, dem 20. Dezember, dem Gau Württemberg und am Mittwoch, dem 6. Februar, dem Gau Schwaben einen Besuch abstatten und dort Werke besichtigen.

Vor allem gilt es, auf dieser Reise Erfahrungen zu sammeln über praktische Wege zur Verwirklichung der echten deutschen Betriebsgemeinschaft. In einer Gothaer Waggonfabrik, wo Dr. Ley am Montag sprach, sind zum erstenmal die Kontrolluhren unbenehmt geblieben. Statt dieser mechanischen Kontrolle fand ein Betriebsappell statt. Dr. Ley erklärte u. a., daß der tiefste Sinn dieser Betriebsappelle, auch wenn die Form hier und dort Mängel aufweisen möge, der sei, Menschen, die zueinander gehören, zueinander zu zwingen. Der Betriebsführer soll sich um jeden einzelnen seiner Gefolgschaft kümmern. Jeder einzelne Werksangehörige soll mit seinem Betriebsführer persönlich sprechen können.

Anordnung des Reichsbischofs.

für die Evangelische Landeskirche Württemberg.

Stuttgart, 21. Nov. Der Reichsbischof hat den Auftrag seines Bevollmächtigten für die Württembergische Landeskirche für erledigt erklärt. Der Bevollmächtigte hat die von ihm bestellten Kommissare vor ihren Aufträgen entbunden. Landesbischof D. Wurm wird Dienstag sein Amt wieder übernehmen.

Ueberrassungen im Brüning-Prozess

Köln, 22. Nov. Im Prozess gegen den früheren Bankdirektor Dr. h. c. Brüning brachte die Dienstagverhandlung Ueberrassungen. Dr. Brüning wird befänglich von der Anklage Betrug, Betrugsversuch, Untreue, Unterschlagung und Konkursvergehen zur Last gelegt. Die dem Angeklagten vorgeworfenen Straftaten, über die bereits seit sieben Tagen vor der Großen Strafkammer in Köln verhandelt wird, fallen in die Jahre 1926/27.

In der Verhandlung am Dienstag wurden zwei höchst merkwürdige Fälle behandelt. In dem ersten Fall hatte der Angeklagte dem früheren Oberbürgermeister Dr. Adenauer 55 000 RM überwiesen, in dem anderen dem ehemaligen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs und dessen Frau insgesamt 95 000 RM. Dazu lagte der Angeklagte, er habe sowohl Dr. Adenauer wie Dr. Fuchs an seinen Geschäften mit der Bank in Münster beteiligt. Die Ueberweisungen seien die Gewinnanteile der beiden Herren. Hierzu stellt der Vorsitzende fest, daß das Geschäft mit der Bank in Münster mißglückt sei, so daß der Angeklagte daran habe kein Geld verdienen können. Die Ueberweisungen seien also nur Geschenke gewesen. Der an den Verhandlungen teilnehmende Sachverständige Dipl. Kaufmann Krumpe erklärte dazu u. a., daß der Angeklagte an Dr. Fuchs 30 000 Reichsmark bar nach Koblenz überwiesen habe. Die Restsumme habe sich aus kleinen Sparbeträgen und aus Rechnungen zusammen, die Dr. Brüning für Dr. Fuchs und dessen Frau bezahlt habe. Darunter seien auch Schneider- und Wäscherechnungen für Dr. Fuchs und eine Weinrechnung über 504 RM, ferner eine Rechnung über 1200 RM für drei Anzüge, die sich Fuchs habe anfertigen lassen. Der Vorsitzende stellt dazu noch fest, daß Fr. Fuchs mit den 30 000 RM die Aussteuer seiner Tochter beizog habe.

Ein neuer Dittilse-Prozess

Königsberg, 22. Nov. Im Gutshaus Knauten im Kreis Preußisch-Eylau begann am Dienstag ein großer Dittilse-Prozess. Es geht um einen Betrag von 280 000 RM, wozu noch 45 000 RM aus einem Betrugsversuch kommen. Angeklagt sind die 78-jährige Frau von Boddien auf Knauten, ihre Tochter Frau Marianne Luz und der Oberinspektor Adolf Schacht. Die Verhandlung findet im Gutshaus statt, da Frau von Boddien so hilflos ist, daß sie nicht vor Gericht erscheinen kann.

Frau von Boddien besaß außer dem Gut Knauten noch das Gut Grodtken, das nach dem Vertrag von Versailles mit dem Soldaten Jipiel an Polen abgetreten worden war. Das Gut wurde an einen Graudenzer für 550 000 Dollar verkauft, doch hat dieser Mann keinen Pfennig an Frau von Boddien gezahlt, das Gut jedoch völlig zugrunde gewirtschaftet. Nach endlosen Prozessen liquidierte der polnische Staat das Gut und zahlte Frau von Boddien eine einstweilige Entschädigungssumme von 720 000 polnischen Zloty gleich etwa 320 000 RM. Zur Durchführung ihres Prozesses um das Gut in Polen erhielt sie von der Deutschen Stiftung (Reichsgeld) 304 000 RM. Entschädigungsdarlehen. Bei beiden Beträgen besteht jedoch die Klausel, daß sie zurückgezahlt werden müssen, wenn die immer noch schwebenden Prozesse um Grodtken zugunsten der Frau von Boddien ausgehen.

Da das Gut Knauten keinen Ertrag abwarf, ließ sich Frau von Boddien 280 000 RM Dittilsegelder zahlen und beantragte weitere 45 000 RM. Zur Erlangung der Dittilsegelder war die Auffstellung einer Vermögensdarlegung notwendig, in der sich weder die 720 000 Zloty noch die 304 000 RM aus der Deutschen Stiftung und einige kleine Beträge befanden.

Frau von Boddien erklärte vor Gericht, daß die geschäftlichen Angelegenheiten ihre Tochter und der Oberinspektor erledigt hätten. Schacht gab an, daß er zwar das Gut verwaltet habe, daß ihn aber die Vermögensangelegenheiten nichts angingen. Frau Luz erklärte, daß sie weder das polnische Geld noch das Geld der Deutschen Stiftung als Vermögen angesehen habe, da es ja wegen der Rückzahlungsklausel unangreifbar gewesen sei. Alle drei Angeklagten befanden überdies, daß ihre Bücher von der Buchführergesellschaft gefälscht worden seien. Frau von Boddien allein ist übrigens noch angeklagt, 3000 RM Vermögen bei einer Steuerveranstellung nicht angegeben zu haben. Der Prozess dürfte drei Wochen dauern.

Durchführung des Lebensmittelgesetzes in Baden

Im neuesten Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 57) wird eine Bekanntmachung des Ministers des Innern über die Durchführung des Lebensmittelgesetzes in Baden veröffentlicht, für die Vorschriften auf Anordnung des Reichsministers des Innern bis zu einer späteren umfassenden Neuorganisation mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt werden. Danach ist die Ueberwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Lebensmittelgesetz) Aufgabe der Polizeibehörden, zu deren Unterstützung chemische, tierärztliche und ärztliche Sachverständige sowie chemische, veterinäre und medizinische Untersuchungsanstalten bestellt werden. Die Hinzuziehung gewerblicher Sachverständiger kommt dann in Betracht, wenn es sich um die Beurteilung von Fragen technischer oder wirtschaftlicher Art handelt, sie erfolgt aber nur zur Unterstützung der hauptberuflichen Sachverständigen. In den allgemeinen Vorschriften für die Ueberwachung der Betriebe und Verkaufsstellen ist eine planmäßige Befähigung und ein sachgemäßer Wechsel in der Reihenfolge der zu beauftragenden Betriebe vorgesehen. Zu diesen Befähigungen werden die wissenschaftlichen Sachverständigen nach Bedarf hinzugezogen. Ihnen kann die Befugnis erteilt werden, auch ohne Begleitung von Polizeibeamten Befähigungen auszuführen und gegebenenfalls Proben zu entnehmen. Wegen Anzeichen für ein gesundheitliches Verhalten vor, wird der gesamte Betrieb beaufsichtigt, wobei im Bedarfsfalle die für die weitere Untersuchung notwendigen Proben von Roh- und Zusatzstoffen, Vor- und Zwischen- und Endzeugnissen entnommen werden. An einer solchen Befähigung werden die chemischen Sachverständigen stets hinzugezogen, andere wissenschaftliche Sachverständige jedoch nur nach Bedarf. Gegebenenfalls haben sich auch gewerbliche Sachverständige zu beteiligen. Die Lebensmittelkontrolle besonders auf Märkten, Plätzen, Straßen und in Umherziehen wird fortlaufend ausgeführt, und zwar im allgemeinen durch die Vollzugsbeamten der Polizei und nur erforderlichenfalls unter Beteiligung der wissenschaftlichen Sachverständigen. Für die Befähigung fleischerwerbender Betriebe werden in der Regel tierärztliche Sachverständige hinzugezogen. Bei Uebertretungen entscheidet die Polizeibehörde nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften.

Tarifordnung für das Fleischhandwerk

Wie der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Südwest mitteilt, wurde für das Fleischhandwerk in Baden eine Tarifordnung erlassen, die im Teil VI des Reichsarbeitsblattes Nr. 32 vom 15. November 1934 veröffentlicht ist. Fortdrücke können gegen Kostenerstattung von der Geschäftsstelle des Reichsarbeitsblattes Berlin W 8, Unter den Linden 33/35, bezogen werden.

Beschränkte Preisüberwachung durch die staatlichen Behörden

Durch die Ernennung des Reichskommissars für Preisüberwachung hat der Führer unabweisend zu erkennen gegeben, daß die innere Preisgestaltung sich dem Gesamtwohl unterordnen muß. Unabhängig von den Maßnahmen, die zur Verabreichung übersteigter Preise im einzelnen getroffen werden, hat deshalb der Badische Finanz- und Wirt-

schaftsminister die Polizeibehörden angewiesen, die Preise für den lebenswichtigen Bedarf scharf zu überwachen, Preis erhöhungen nachzugehen und gegen ungerechtfertigte Preisforderungen mit aller Strenge, nötigenfalls durch Schließung der Geschäftsbetriebe, einzuschreiten. Wer in eigenem Stillsitzen die Rücksicht auf die Gesamtheit verzeihen sollte, darf keine Schonung erwarten.

Verjorgung der Bevölkerung mit Konsum-Margarine

Eine pünktliche Verjorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Konsummargarine ist nur dann sichergestellt, wenn die den Stammabnehmern angebotenen Bestellhefte für je drei Pfund Konsummargarine so frühzeitig wie möglich bei den Lebensmittelgeschäften abgegeben werden. Nur aufgrund der abgegebenen Bestellhefte können den Margarinefabriken die notwendigen Fabrikationskontingente zugewiesen werden. Wer daher darauf absteht, auf die Reichsverbilligungsscheine für Speisefette Konsummargarine für die Weihnachtszeit zu beziehen, gebe den Bestellheften schon jetzt bei seinem Lebensmittelgeschäft ab.

Das grüne Kreuz im Schwarzwald

Die Bergwacht teilt uns mit, daß alle Unfallstationen im nördlichen Schwarzwald nachgegeben sind soweit nötig, mit Sanitäts-Material ergänzt sind. Die Bergwacht ist gerüstet. Die Einteilung der Bergwachtenteile für den Winter-Sanitätsdienst ist vorgenommen.

Berufsabweisung wird in diesem Winter an der Brandmatt (beim Zinkenbauer) ein Aluminium-Sanitätsbüchse mit dem nötigen Sanitäts-Material abgestellt, um Unfälle, die in obigem Gebiet vorkommen, sofort verjorgen zu können.

Es ergeht die dringende Bitte, bei etwaigen Unfällen die Bergwacht sogleich zu verständigen und in ihrem Wert zu unterstützen. Die auf den Stationen stehenden Sammelbüchsen, deren Ergebnis ausschließlich zur Anschaffung von Sanitäts-Material Verwendung findet, werden dem Stivoll zur besonderen Beachtung und „richtigen Anwendung“ empfohlen. Möge der Winter viele schöne Skifontage bescheren und recht vielen Skifahrern die Fahrt ins „Weiße“ ermöglicht. Ski-Heil!

Weiterführung der Schwarzwaldhochstraße in südlicher und nördlicher Richtung

Die außerordentliche lebhafteste Benutzung der Schwarzwaldhochstraße von Baden-Baden über Hornisgrunde nach dem Anheften hat in maßgeblichen Kreisen die Frage aufgeworfen lassen, ob eine Weiterführung der Wegstrecke tunlichst erfolge; grundsätzlich besteht die Meinung, die Schwarzwaldhochstraße in südlicher Richtung bis Waldsüt weiterzuführen und demgemäß sind bereits präventive Untersuchungen eingeleitet worden. Die Zufahrtstrecke von Norden her, also aus Richtung Karlsruhe über Ettlingen nach dem Murgtal soll im Abschnitt Böfingersbad - Freilshaus eine möglich baldige Verbreiterung erfahren, so daß sich die Kraftwagenfahrer von Ettlingen aus schon auf der Schwarzwaldhöhe befinden und auf der Anfahrtsstrecke die reizvollen Aussidde nach dem Rheintal und dem württembergischen Schwarzwald genießen können. Die Durchführung des weiteren Ausbaus der Schwarzwaldhochstraße ist mit einem erheblichen Kostenaufwand verbunden, sie dürfte ohne Reichsaussidde nicht verwirklicht werden können.

Die Straßenunterhaltung geschieht bisher durch die Kreisbezirke, doch hofft man, daß sie im nächsten Jahre von reichswegen erfolgt wird, da zu erwarten steht, daß die Schwarzwaldhochstraße zum 1. April zur offiziellen Reichsstraße erhoben wird, wodurch sich für die anliegenden Gemeinden eine beträchtliche finanzielle Entlastung ergeben würde.

Die badischen Schnitzer im Schwarzwald arbeiten für das Winterhilfswerk

Der dritte Reichstammeltag für das WSW findet am 2. Dezember 1934 statt. Zum Verkauf gelangt ein Holzabzeichen, das in folgenden Postkassengebieten hergestellt wird: Lam-Bayrischer Wald, Sonneberg-Thüringen, Oberhau-Sachsen, badischer Schwarzwald (Hornberg, Schönach, Schönwald, Furtwangen u. a.). Die Abzeichen für den Gau Baden werden nur im eigenen Gau hergestellt. Der Verkaufspreis des Abzeichens ist wiederum 20 Pfennig.

Vorwintertliche Witterung im Rheintal

Der Buß- und Bettag brachte in der Rheinniederung die bisher tiefste Tagestemperatur des Spätherbstes. Unter dem Einfluß kälterer Luftströmungen aus Norden sind überall leichte Morgenfröste und Nebelbildungen aufgetreten. Auch tagsüber ging das Thermometer nur wenig über den Nullpunkt. Der Trockenheitscharakter der Großwetterlage hält dabei unverändert an. Im Hochschwarzwald haben sich die Fröste verstärkt. Bemerkenswert ist die klimatische Erscheinung, daß der Schwarzwald weiterhin schneefrei ist, während im Alpengebiet Schneefürne gewaltige Mengen Schneehin geworfen haben. So meldet beispielsweise das Grotthardshaus einen Schneefurum von über 100 Stunden Dauer und einen Schneefurum von 2 1/2 Metern, was zu solcher Jahreszeit seit einem Jahrhundert nicht mehr der Fall war.

Chorgefang und Hausmusik.

Die Deutsche Sängerbundeszeitung wird zum Tag der Hausmusik für die Pflege des häuslichen Singens und Musikstrens indem sie auf die engen Beziehungen hinweist, die zwischen Chorgefang in den Laienvereinen und instrumentalem häuslichen Spiel bestehen. Sie schreibt u. a.: Ein kurzer Blick in die Geschichte der Musik beweist, daß der Chorgefang die ursprüngliche Form der Hausmusik gewesen ist. Man braucht nur an die allgemein bekannten Aussprüche Luthers zu denken, um sich zu überzeugen, wie sehr gerade er das häusliche Singen gepflegt und gefördert hat. Und gerade wir Deutsche haben dank der Pflege dieser Art von Hausmusik ein kulturelles Gut, einen Liebschaf erhalten, auf den wir nach Jahrhunderten noch stolz sein können und erst jetzt so richtig stolz geworden sind. Leider hat sich diese häusliche musikalische Betätigung immer mehr verloren, so daß es möglich wurde, Chorgefang als nicht ins Haus gehörig zu betrachten.

Die kommende Zeit wird das ändern. Gerade heute macht sich ein starkes Verständnis für das Volkslied und ein eben solches Verlangen danach bemerkbar. Damit ist der Boden für eine häusliche Chormusik sehr gut vorbereitet. Und die meisten zeitgenössischen Komponisten haben die Zeichen der Zeit verstanden, und benutzen sie, um durch volksverbundene gefangliche Musik die Klust zwischen Kunstmusik und Volk zu überbrücken. Und solche Kultivierung des Hausgesanges würde wieder befruchtend auf ihren Anreger - den Chorgefang außerhalb des Hauses - zurück wirken. Dieser letztere würde aus seiner Abgeschlossenheit heraustreten, ein im Volkskörper organischer Bestandteil werden, der für die ganze Familie seine Bedeutung hat. Wird auch zu Hause gesungen, so hebt sich das musikalische Niveau, Grundbegriffe gehen in Fleisch und Blut über und ein Chorleiter hat Sängern vor sich, mit denen er nicht mehr alles „einzupauken“ braucht, sondern die ihm Zeit und Arbeit für wirkliches Musizieren einparnen. Und sie sparen ihm auch Nerven- und Kräfteverbrauch ein, Energien, die er sich für musikalische Impulse retten kann.

Cäcilie - die Patronin der Musik

Ein Gedenktage für die Freunde der edlen Frau Musica ist der 22. November, an dem die Kirche das Andenken der im Jahre 229 oder 230 zu Rom als Märtyrerin geortbenen heiligen Cäcilie feiert. Als Patronin der Musik ist sie wohl keinem unbekannt. Man sieht sie meist abgebildet mit einem Musikinstrument, und noch heute sind vielfach die musikkundigen Vereine nach ihr benannt. Bis auf unsere Tage haben sich die Cäcilienvereine in vielen Orten erhalten und stellen ihre Tätigkeit, die Verschönerung des kirchlichen Gottesdienstes durch die edle Musik und gepflegten Gesang unter den Schutz der heiligen Patronin der Musik.

In Italien hat es zur Zeit der Renaissance und des Barock kaum einen bedeutenden Maler gegeben, der nicht ein Bild der Heiligen gemalt hätte. Die berühmtesten Cäcilienbilder werden wohl die von Raffael (Vologna) und Carlo Polci, das letztere im Dresdener Museum, sein; bekannt ist auch die liegende Marmorfigur von Stefano Maderna.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, den 22. November.

* Buß- und Bettag und Totensonntag. Die evang. Kirche feierte dieses Jahr zum ersten Mal in der ganzen Reichskirche gemeinsam den Buß- und Betttag am gestrigen Mittwoch, der aus diesem Grund zum geselligen Feiertag erklärt wurde. Dies bedeutet für die badische Landeskirche insofern eine Neuerung, als bisher der Bußtag auf den letzten Sonntag des Kirchenjahres fiel. Dieser Sonntag (dieses Jahr der 25. November) wurde nunmehr als Totensonntag angeordnet, und ist als solcher der Erinnerung an die Verstorbenen, vor allem an die Heimgegangenen des zu Ende gehenden Jahres gewidmet.

* Weihnachtsgeschäft störungsfrei! Der Reichswirtschaftsminister hat, wie unsere Berliner Schriftleitung mitteilt, in einem Schreiben an die Landesregierungen und die beteiligten Stellen der Wirtschaft mitgeteilt, daß die gleichen Gründe, die im Vorjahre im Interesse der Arbeitsbeschaffung veranlaßten, sich für eine ungestörte Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes einzusetzen, auch in diesem Jahre vorliegen. Die Landesregierungen haben somit auch in diesem Jahre jeder Störung des Weihnachtsgeschäftes nachdrücklich entgegenzutreten. Es sollen sowohl unbeeinträchtigt Verkauf von Weihnachtsgeschenken und Christbaumschmuck, wie eine ungehinderte Werbung in den Formen und in dem Rahmen, wie sie für Waren- und Kaufhäuser, Einzelhandels- und Filialgeschäfte, sowie für nichtarische Betriebe für den Weihnachtsverkauf seit langem üblich sind - zum Beispiel die Ausschmückung der Verkaufsräume, Schaufenster und Waren mit Tannenzweigen, Tannengrün und Lametta - sichergestellt werden.

* Kartoffelpreis. Der Kreisbauernführer gibt bekannt, daß die Freigabe des Verkaufs gelbfleischiger Kartoffeln nur im direkten Verkehre von Erzeuger und Verbraucher Gültigkeit hat. Dabei ist der Mindestpreis von Mk. 2,75 pro Zentner unbedingt einzuhalten. Versuche von Händlern, die Preise zu drücken sind sofort zu melden.

* Die Reichspost in der zusätzlichen Berufserziehung. Im Rahmen der Berufserziehungsarbeit der Reichsberufsgruppen in der DAF werden von der Berufsgemeinschaft der Büro- und Behördenangestellten im Einvernehmen mit dem Reichspostministerium und unter Mitarbeit der Reichspostdirektionen Wochenlehrgänge für Postaganten und Poststelleninhaber durchgeführt. Sie haben den Zweck, die Postaganten und Poststelleninhaber, die die Arbeit zum größten Teil nebenamtlich ausüben, über die Entwicklung und Aufgaben des Reichspost eingehend zu unterrichten, um auch diese Mitarbeiter, die die äußersten Endposten der einzelnen Postwege besetzt halten, für ihren Aufgabenkreis noch gründlich durchzuschulen.

* Weltmissionssonntag am 9. Dezember. Wie das Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg mitteilt, wird die Abhaltung des diesjährigen Weltmissionssonntags auf den 9. Dezember festgelegt. Am 2. Dezember wird zu diesem Missionssonntag ein Hirtenschreiben des Erzbischofs verlesen.

* Waldstadt, 20. Nov. (Spende.) Die hiesige Kolpingfamilie (Kathol. Gesellenverein) konnte aus dem Erlös ihrer Theateraufführungen den Betrag von 20 Mark an das Winterhilfswerk abführen.

* Neckarbischofsheim, 20. Nov. (Hohes Alter.) Am heutigen Tage vollendete Herr Kirchengrat Heinrich Schmittmeier sein 85. Lebensjahr. Er wird wohl der Nestor der bad. evang. Geistlichen sein. Die lange Reihe der zurückgelegten Lebensjahre und eine kürzlich überwundene längere Krankheit haben nicht vermocht, ihm den Rücken zu beugen. Aufrecht und gerade darf der Hochbetagte auch heute noch durchs Leben schreiten - ein Vorrecht, das nur Wenigen in diesem hohen Alter verliehen wird. Dabei ist er der flotte Stilist und Bücherfreund geblieben wie in jungen Jahren. Sein selbstgewähltes Tätigkeitsfeld - die Werke der Nächstenliebe - denen sich der Subilar mit voller Hingabe widmet, bieten Anregung und Aufgabe genug, sich auswirken zu können.

* Helmstadt, 20. Nov. (Gefegnetes Alter.) Am 22. d. Mts. begeht Frau Lenchen Dürrstein Wm. geb. Schmutz ihren 87. Geburtstag. Sie erfreut sich noch körperlicher und geistiger Frische, obwohl sie viel Schmeres in diesem Leben erfahren mußte. Fast 50 Jahre bewirtschaftete sie mit ihrem verj. Ehemann und ihren Söhnen den Gutshof Wasserhof. Während dieser Zeit vergaß die Hochbetagte die Armen und Kranken im Dorf nicht, sondern erfreute sie mit viel Gütem. 11 Kindern schenkte sie das Leben. Uns allen wird sie ein Vorbild sein dürfen im Dienste der Nächstenliebe!

* Bad Rappenu, 20. Nov. (Feierabendheim.) Das seitens der hiesigen Saline in der früheren Kantine eingerichtete Feierabendheim wird am kommenden Samstag in feierlicher Weise der Deutschen Arbeitsfront übergeben werden. Anschließend an den feierlichen Akt findet ein Kameradschaftsabend statt. Möge das Heim allen Besuchern nach des Tages vollbrachter Arbeit bei kameradschaftlichem Beisammensein Stunden der Erholung und Unterhaltung bieten!

* Badst, 20. Nov. (Fußball-Verbandspiel.) Das am Sonntag ausgetragene Verbandspiel des hiesigen Sportvereins gegen den Sportverein Rohrbach b. S. gewann die hiesige Mannschaft mit einem überlegenen 7:3-Eieg.

* Wechesheim, 20. Nov. (Landwirtschaftliches.) Wenn man durch die Felder geht, kann man schon an der Art und Weise der Bewirtschaftung der Grundstücke feststellen, daß sich hier sachliche Aufklärungsarbeit durch die bäuerlichen Organisationen bemerkbar macht. Der Grundsatz, daß Wiesenbau Daueranbau sein müsse, hat der besseren Erkenntnis Platz gemacht, daß auch das Wiesenland von Zeit zu Zeit umgebrochen und zur Abwechslung einmal mit Hackfrüchte angebaut werden müsse. An vielen Stellen des Elsenztales kann man jetzt solche Umbrüche beobachten, ganz besonders auf den Gemarkungen, die an ihren Wiesen Entwässerungsmalagen durchgeführt haben. - Gegenwärtig wird auch die Baumpflanze der Gemeinde- und Privatbestände nachhaltig durchgeführt. Vor allem erfolgt die Anpflanzung der jungen und der Auspug älterer Bäume. Allenfalls findet man die Anlegung von Insektenangürteln, die sehr wertvoll

Minister Schmitthener über das Winterhilfswerk.

Opfern ist eine sittliche Pflicht.

* Sinsheim, 21. Nov. Am Samstag Abend fand im festlich ausgeschmückten Stadtparksaal eine eindrucksvolle Kundgebung für das Winterhilfswerk statt. Bürgermeister Kiege betonte in seinen Begrüßungsworten, aus der Tatsache, daß Minister Schmitthener zu uns kommt, ist zu ersehen, daß das Winterhilfswerk eine äußerst wichtige Einrichtung des Staates ist. Minister Schmitthener legte nun den tiefen Sinn des Winterhilfswerks dar, das in der ganzen Welt einzigartig dastehe. Es hat seinen Untergrund in der Volksgemeinschaft, die herzustellen der Führer gelungen ist. Aber auch eine Zielsetzung hat der Führer gegeben. Das Winterhilfswerk 1934-35 soll größer dastehen, als die früheren, soll dem Volk ein ungeheuerliches Ereignis sein. Mögen die geforderten Opfer auch groß sein, so sind sie doch klein gemessen an der gewaltigen Wandlung der Dinge und im Vergleich, was jeder verloren hätte, wenn diese nicht gekommen wäre. Glend wäre über uns herein- gebrochen und Deutschland ein Trümmerhaufen geworden. Freilich kann noch nicht alles so dastehen, wie es mit dem Ausbau einmal werden wird.

Das ganze deutsche Haus ist neu aufgebaut worden. Millionen Arbeitsloser wurden wieder in den Arbeitsprozess eingereiht, tausende von Betrieben wieder in Fluf gebracht, Glauben und Vertrauen wieder ins Volk gebracht. Der Partikularismus, der seit zwei Jahrzehnten unser Volk zerrissen hat, wurde beseitigt. Alles, was wird, muß aus Blut und Boden geholt werden. Die äußere Einheit ist geschaffen, aber davon kann das Reich nicht leben. Sie muß vertieft und erfüllt werden mit Gefinnung, die den Inhalt des einheitlichen Reichs werden muß, die letztlich Sozialismus heißt und in dem Wort Gemeinnutz geht vor Eigennutz ihre Ausprägung findet.

Das Winterhilfswerk ist dieser Sozialismus. Wer nicht gibt, schießt sich aus dieser Volksgemeinschaft aus. Auch früher wurde viel gegeben, aber es waren Einzelgänger, denn die Verankerung im Volke fehlte. Das heutige Wesen ist eine allgemeine Volkstat, die nicht mehr dem Einzelnen anheimgestellt ist, an der jeder über seine Kraft teilnehmen soll. Arbeiter und Arbeitslose sind einander verpflichtet, Nehmer sollen nicht mehr Almosenempfänger sein. Das Geben soll ein opfern sein, das ist der große Sinn des Winterhilfswerks. Das letzte WSW verteilte 360 Millionen Geld- und Sachwerte auf 1 1/2 Millionen Menschen bei 1 Prozent Verwaltungskosten, während früher die Unkosten den größten Teil der Spenden verschlangen. Familien- sinn müsse ins Volk getragen werden, denn die 65 Millionen

Deutsche sind eine Familie. In sie muß die Sittlichkeit der Familie getragen werden, das ist das beste Bild des Winterhilfswerks. Es ist ein wichtiges Stück deutscher Lebenserziehung, gegenseitige Erziehung das Fundament auf dem wir stehen. Es ist keine Hilfsaktion alten Stils, sondern ein Stück von uns selbst und will es bleiben. Es gehört zum Staat als praktischer Sozialismus, der für alle eine Selbstverständlichkeit werden muß, wenn wir dazu beitragen wollen, daß der Nationalsozialismus immer mehr durchdringt. Denn der Nationalsozialismus ist Deutschland, sein Führer fleischgewordener Deutscher.

Das neue WSW muß noch größer aufgebaut werden. Der Reichsnährstand wird 13 Millionen zur Hälfte gespendeter, zur Hälfte angekaufter Kartoffeln zur Verteilung bringen. Ebenso werden Kohlen zur Verteilung gelangen. Aber die großen Ergebnisse kann die Organisation allein nicht vollbringen, das Volk muß mithelfen. Dazu gehört Wille und Idealismus. Auch Vernunft zwingt uns dazu, denn wir sind eine Gemeinschaft durch die große Entwicklung der Zeit und des Lebens. Aus einer Ich-Zeit sind wir zu einer Wir-Zeit vorgegangen. Nur in der Gemeinschaft kann der Einzelne ab- oder aufsteigen, Niemand kann aus ihr heraus. Alle müssen einander helfen, aus dieser Gefinnung erwächst unser sittlicher und praktischer Sozialismus, der keine Gleichmachelei und sich bewußt ist, daß die Menschen stets verschiedene sind und immer Unterschiede bestehen werden. Aber diejenigen, denen es besser geht, haben die andern, denen es schlechter geht, mitzunehmen. Das ist unser Sozialismus, jeder kann ihn erfüllen, wenn er nur will.

Wir müssen vertrauen haben zur Regierung und dem Führer in enger Verbundenheit mit ihm, wir müssen an unsere Zukunft glauben und an unser Volk und seine Art und unser Geben muß ein Opfer sein, dann wächst das Volk zusammen. Im Führer hängt alles, unsere Pflicht ist es, aus dieses Mannes würdig zu sein. Ihm folgen heißt heute Politik machen. Glaubt mit Vertrauen an den Mann, spendet zur Winterhilfe über eure Kraft, dann gehört ihr zur Volksgemeinschaft!

Das leidet nicht starr besuchte Haus stand ganz unter dem Eindruck eines großen Abends und der Beifall war stark und herzlich. Bürgermeister Kiege richtete an die Teilnehmer den Appell, jeder Volksgenosse möge das Gebörte hinausbringen und als Streiter hierfür den Beweis liefern, daß das deutsche Volk eine Schicksalsgemeinschaft geworden ist und schloß die Kundgebung mit einem Sieg-Heil auf Deutschland und den Führer, bekräftigt durch die Nationallieder.

find — Die Weinberge werden gehackt und erhalten ihren organischen und Kaufdünger. — Die Wintergetreide-Saat ist überall sehr schön aufgelaufen und auch schon gut bestockt. — Die Zuckerrüben sind verrotten. Die Ernte war gut. Der große Anfall von Herbstfutter half dem Bauer über den drohenden Futtermangel hinweg. — Das Winterpflügen der Aecker ist zum großen Teil schon durchgeführt. — Die Stoppelmateriale ist sehr zufriedenstellend ausgefallen. Auch für Streumaterial ist durch Erfahrtumittel gesorgt worden. Alles in allem gesehen, darf der Bauer mit den diesjährigen Ernteergebnissen recht zufrieden sein.

× Aus dem Amtsbezirk, 20. Nov. (Tabakpreise.) Bei der großen Verkaufsfestung des Landesverbandes bad. Tabakpflanzerfachschaften in Buchfel gelangten rund 4500 Zentner Sandblatt aus den Anbaugebieten des Neckar- und Elsenztales, der Haardt, des Bruchrains, des Kraichgau und der Bergstraße südlich des Oberrheins zur Einfuhr. Die Spitzenpreise der letzten Schwelinger Einschreibung wurden zwar nicht erreicht, doch läßt sich aus den erzielten Qualitätspreisen erkennen, daß man auch anderwärts gute Qualitäten anerkennt. An der Spitze liegen die Orte des Elsenztales (Mauer, Neckesheim, Hoffenheim, Zuzenhausen usw.), von denen Mauer mit 69,85 Mk. den höchsten Preis des Tages erzielte. Im übrigen bewegten sich die Preise zwischen 58 und 69,85 Mk. Es wurden bezahlt: Adelsheim 67,10 Mk., Adersbach und Haselbach 65 Mk., Babstadt, Grombach und Treichlingen 65,65 Mk., Bahnbrücken und Zaisenhofen 62,25 Mk., Baieral und Schatthausen 63,10 Mk., Balzfeld 64,60 Mk., Barmen, Hilsbach und Wollenberg 65,35 Mk., (verhagelt 50.—), Barmen und Röhren 63,90 Mk., Dalsbach, Neidenstein u. Eppelbach 66 Mk., Diedesheim, Hochhausen und Neckarelz 60 Mk., Dörigheim 65,10 Mk., Dülheim und Harrenberg 63 Mk., Dühren 66,85 Mk., Eichelberg, Tiefenbach und Dornheim 63,80 Mk., Eichersheim 65,50 Mk., Elsenz 66,85 Mk., Eppingen und Gemmingen 62,95 Mk., Eichelbach 66,05 Mk., Flehingen 66,55 Mk., Gochsheim 58,60 Mk., Heinsheim 64,55 Mk., Neckarbischofsheim, Helmstadt und Helmhof 67,60 Mk., Hilsbach 62,10 Mk., Weiler 64,65 Mk., Hoffenheim 69 Mk., Hültingen 65,05 Mk., Kirchardt 64,50 Mk., Kürnberg, Sulzfeld, Sidingen 64,10 Mk., Landshausen 61,75 Mk., Malsch, Malschenberg und Rettigheim 65 Mk., Mauer 69,85 Mk., Neckesheim und Mönchzell 69,20 Mk., Mengingen 61,45 Mk., Michelstfeld 65,55 Mk., Mühlhausen und Laitzbach 61,35 Mk., Münsingen 58,05 Mk., Neibshelm 60,10 Mk., Oberöwisheim 66,35 Mk., Ost- ringen 65,60 Mk., Rauenberg 62,10 Mk., Rotenberg 66,25 Mk., Reihen 65,65 Mk., Reitsheim, Wiesenbach und Gauangeloch 66,55 Mk., Rohrbach b. Eppingen 60,85 Mk., Rohrbach b. Sinsheim und Steinsfurt 63,60 Mk., Stebbach 64,55 Mk., Unter- u. Obergimpert 60 Mk., Unteröwisheim 65 Mk., Waldangeloch 66,85 Mk., Wald- stadt 66,10 Mk., Zuzenhausen 68,85 Mk.

— Stebbach, 20. Nov. (Unglücksfall.) Am Donnerstag voriger Woche ereignete sich hier ein furchtbares Unglück. Der 11-jährige Sohn E. des Hermann Böckle und der 9-jährige Sohn des Maurermeisters Karl Kerpel fuhren mit einem Handwagen den „Schulberg“ hinab. An der scharfen Kurve kam plötzlich ein Auto aus der Richtung von Gemmingen her, in das der Handwagen mit den beiden Vuben hineinrauste. Der Jüngere konnte noch im letzten Augenblick abspringen und sich vor dem sicheren Tode retten, während der 11-jährige Emil Böckle den Tod fand.

— Sulzfeld, 20. Nov. (Verschiedenes.) Wie wir hören, wurde in verschiedenen Bezirken mit der Verleihung der Ehrenkreuze begonnen. Hier wurden Anträge gestellt von 177 Frontkämpfern, 15 Kriegsteilnehmern, 27 Kriegereckern und 23 Kriegereckern. Eine große Anzahl Anträge steht noch aus. — Durch eine evang. Wanderbühne wurde am Sonntagabend im Saal des „Bad Hof“ das Reformationsfestspiel „Luthers Kampf und Sieg“ zur Darstellung gebracht. Von Sulzfeld und den Nachbarorten Rürnberg, Zaisenhofen und Mühlbach hatten sich zahlreiche Zuschauer eingefunden, denen ein ausgezeichnetes Spiel geboten wurde, das in vier Akten oder Bildern Abschnitte aus Luthers bewegtem Leben enthielt.

— Dülheim, 20. Nov. (Ein Priesterjubiläum.) In Wiesenbach konnte Pfarrer und Kammerer Frei, ein Sohn hiesiger Gemeinde, sein 25-jähriges Ortsjubiläum begehen. Pfarrer Frei steht heute im 38. Priesterjahr. 1909 wurde er an die Pfarrei Wiesenbach versetzt.

— Hardheim, 18. Nov. (Unglück.) Dem Müllermeister Eugen Gärtner, welchen auf der Rehsjagd ein Querschläger am Arm

und Schulterblatt verwundete, mußte der Arm in der Klinik zu Würzburg abgenommen werden. Auch das Allgemeinbefinden gibt Anlaß zur Besorgnis.

Mannheim, 22. Nov. (Mutter und Tochter freiwillig aus dem Leben geschieden.) Eine Kaufmanns-Gesellschaft aus dem Stadtteil Feudenheim ging mit ihrer 15-jährigen Tochter gestern durch Einatmen von Leuchtgas freiwillig aus dem Leben. Da die Tochter zur gewohnten Zeit nicht ins Geschäft kam, erkundigte man sich bei ihr zur Saute telefonisch, erhielt aber keine Antwort. Auch bei Verwandten konnte sie nicht gefunden werden. Voll böser Ahnungen kam der Schwiegerohn der Frau von Kranenthal um sich nach dem Verbleib der Frau und des Mädchens zu erkundigen. Als man die Wohnungstür öffnete, fand man die beiden Frauen tot am Boden auf. In zwei auf dem Tisch liegenden Abschiedsbriefen hatten sie den Grund ihres Verzweiflungsschrittes mitgeteilt.

Durlach, 22. Nov. Am Dienstag morgen wurde der Ehemann Friedrich Alwert, seine Frau und die beiden kleinen Kinder durch Gas vergiftet in der Wohnung bewußtlos aufgefunden. Man verbrachte sofort alle vier in das Durlacher Krankenhaus. Dem Vernehmen nach dürften alle mit dem Leben davontommen. Der Gasbehälter des Badezimmers stand offen. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Amtliche Bekanntmachungen.

Anordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über Befehl- beugung und Auszeichnung von Preisen.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat die Landes- behörden ersucht, für die Einhaltung der Preisüberwachung und dem Schutze der kaufenden Bevölkerung dienenden Vorschriften über die Befehlbeugung und Auszeichnung von Preisen nachdrücklich zu sorgen. Der Finanz- und Wirtschaftsminister hat demgemäß die Polizeibehörden angewiesen, die Beachtung der Vorschriften streng zu überwachen und gegen Zuwiderhandlungen unmissverständlich einzuschreiten. Es wird erwartet, daß die beteiligten Wirtschaftskreise den behördlichen Anordnungen ohne Zögern nachkommen.

Es handelt sich dabei um folgende Vorschriften, die da und dort in Bergeseiten geraten waren:

a) Die nachfolgenden Waren müssen bei der Anpreisung in Läden, Schaufenstern, Schaukästen und auf dem Wochenmarkt mit Preis- schildern versehen sein oder es müssen, wenn die Waren nicht sichtbar ausgestellt werden, Preisverzeichnisse im Verkaufsraum angebracht werden.

b) Bei dem Kleinverkauf von Kaffee in vorbereiteten Packungen ist auf den Packungen die Menge in Gramm, der Preis der Packung und der Preis je Pfund anzugeben, ähnliches gilt beim Kleinverkauf von Bienenhonig in Behältnissen oder in vorbereiteten Packungen.

c) Auf den Packungen oder Behältnissen für Markenwaren ist in deutscher Sprache und für den Käufer leicht erkennbar der Inhalt nach handelsüblicher Bezeichnung und nach deutschem Maß oder Gewicht & Zt. der Füllung anzugeben.

d) In den Ausschanklokalen ist eine Preistafel über die Bier- preise an sichtbarer Stelle anzubringen, ebenso müssen die Preise für Spirituosen durch Anschlag oder auf der Speise- oder Getränkekarte unter Angabe der Gemäßgröße bekanntgegeben werden. Ebenso sind in Ladengeschäften und Apotheken Preisverzeichnisse über die Klein- verkaufspreise für Mineralwasser gut sichtbar auszuhängen.

Sinsheim, den 20. November 1934. Bezirksamt.

Alle angelegene Versicherungsgesellschaft sucht für Sinsheimer Gebiet tüchtigen

Bezirksleiter

evtl. in Festanstellung. Ausführliche Bemerkungen unter Nr. 874 an den Landboten.

Pforzheim, 22. Nov. (Ein schwerer Verkehrsunfall) ereignete sich am Montag ipä abends am westlichen Ortsein- gang von Eutingen. Der 58 Jahre alte verheiratete Gold- schmied Karl Metzger von hier wurde in der Dunkelheit von einem Pforzheimer Personentransportwagen von hinten ange- fahren und mit ihm seinem Handwagen voll Dünge- mittel in den Straßengraben geschleudert. Dort blieb Metzger mit einer Gehirnerschütterung, erheblichen Kopfverletzungen und einem Armbruch bewußtlos liegen. Der Kraftfahrer fuhr weiter, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Er fuhr erst nach dreiviertel Stunden an den Unfallort zurück, wo- rauf er festgenommen wurde. Es ist ein Pforzheimer Eier- händler namens Wolf. Der lebensgefährlich verletzte Gold- schmied Metzger wurde von einem Radfahrer entdeckt, der die Ueberführung ins Krankenhaus veranlaßte.

Sofweier b. Offenburg, 22. Nov. (Schwerer Unfall.) Auf dem Heimweg vom Offenburger Markt wurde der Land- wirt Josef Ott von hier von einem Auto angefahren. Ott, der mit seinem Wägelchen vorwärtsmäßig auf der rechten Straßenseite fuhr, wurde verletzt. Nach dem Zusammenstoß fuhr das Auto über dem Straßengraben, riß hierbei einen Obstbaum um und überschlug sich schließlich. Der Autofahrer blieb unverletzt, dagegen trug die Insassin erhebliche Ver- letzungen davon.

r. Durbach, 22. Nov. (Unfall an der Bandäge.) Ver- gangenen Montag brachte sich der bei dem Dreifachmaschinen- besitzer Raimund Benz beschäftigte 24 Jahre alte Wilhelm Fris die Hand in die Bandäge, wodurch ihm zwei Finger abgefaßt wurden und derselbe nach dem Offenburger Kran- kenhaus verbracht wurde.

Sigmaringen, 22. Nov. (Beim Holzfällen tödlich verun- glückt.) Dieser Tage ist Joseph Brodmann aus Dornau beim Holzfällen in den fürstlichen Waldungen tödlich verun- glückt. Brodmann wurde von dem fallenden Baum an den Kopf getroffen und brach bewußtlos zusammen. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte einen schweren Schädelbruch fest, dem der Bedauernswerte, ohne das Bewußtsein wieder er- langt zu haben, erlegen ist.

Malen b. Donaueschingen, 22. Nov. (Brand.) In der Nacht zum Sonntag brach im Defonomiegebäude des Bürgermei- sters Scheuble Feuer aus. Dem reichen Eingreifen der Feuerwehr und der Donaueschinger Motorbrücke gelang es, daß Feuer auf das Innere des Defonomiegebäudes zu be- schränken. Die großen Vorräte an Frucht, Stroh, Heu und Dohnd wurden entweder durch das Feuer vernichtet oder durch die Wassermassen unbrauchbar gemacht. Das Mauer- werk der Scheuer sowie das angebaute Wohnhaus blieben unverletzt.

Tiengen bei Waldshut, 22. Nov. (Tragischer Unfall.) Bei den gegenwärtig hier stattfindenden Straßenaubauarbeiten führte ein Arbeiter bei der Ausschachtung mit dem überhän- genden Erdreich ab, wobei ihm ein Bein abgeklagen wurde. Der betreffende Arbeiter war erst ein paar Tage auf der Baustelle tätig.

Konstanz, 22. Nov. (Taufe der Konstanzler Bierlinge.) Am Sonntagmittag fand im Säuglingsheim in Anwesenheit des Oberbürgermeisters und des Verwaltungsdirektors Bühl, der Eltern und Verwandten in feierlicher Weise die Taufe der Bierlinge statt. Oberbürgermeister Herrmann hielt, als Oberhaupt der Stadt, die ja die Patenschaft der Kinder übernommen hat, eines der Bierlinge selbst über die Taufe.

Mitteilungen aus der NSDAP.

(Aus parteiamtlichen Mitteilungen entnommen.)

Es wird gelehrt! Vargen. Wir machen die Öffentlichkeit darauf aufmerk- sam, daß der schon im letzten Jahr einmal in Schutzhaft ge- wesene Landwirt Oskar Ernst aus Vargen in Jügen, Bahn- höfen, Wirtschaften und sonst überall vor der Öffentlichkeit versucht, die örtliche Leitung der NSDAP, den Ortsbauernführer, die Leiterin der NS-Frauenchaft, sowie sonstige Mitglieder der NSDAP, den Kreisbauernführer, alle parteiamtlichen Stellen einschließlich Kreisleiter verächtlich zu machen und das An- sehen der Partei zu schmälern. Zur Wahrung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, ersuche ich die Bevölkerung, zweckdienliche Angaben über solche Hezen von Oskar Ernst an mich richten zu wollen. Der Stützpunktleiter: gez. Rich. Keidig.

Zur

Weihnachts- Bäckerei!

Neue Mandeln Pfd. 90, 1.-, 1.10
Neue Haselnußkerne Pfd. 64, -.70
Cocosnuss fein, geraspelt Pfd. -.28
Zitronat Pfd. 1.10
Orangeat Pfd. 1.—
Zitronen Stück 5 und -.06
Rosinen- Sultaninen - Korinthen

Vorzügliche Mehle:
Auszugsmehl Inlandmahlg. Pfd. -.21
Auszugsm. m. Auslandsweiz. Pfd. -.22
Auszugsmehl doppelgritig Pfd. -.23

Deutsche Markenbutter Pfd. 1.56 netto
Palmin Tafel -.44 und -.38
Margarine Pfd. 63, 98 u. 1.10

CLEVERSTOLZ
Qualitäts-Margarine
offen ausgew. 1/2 Pfd. -.55
stets fris-h

Eier Stück 10 1/2—12 und -.13
Block-Schokolade Pfd. -.85
Backpulver - Backoblaten
Vanillinzucker
Zimt gemahl. - Nelken - gemahl.
Anis
Kunsthonig 1 Pfd. Warfel -.42
Puderzucker - Sandzucker
Streuzycker
Arrak - Rum - Kirschwasser
3/0 Rabatt
mit Ausnahme weniger Artikel

Pederbetten

2 prachtvolle seidene Stepp- decken, 2 Deckbetten u. 4 Kissen, neu, flaumige, weiche Gänse- feder-Füllung gegen RM. 135.- in bar
Angebote unter Nr. 873 an den Landboten.

Es ist nicht wahr,

daß man durch Nichtinsrieren Geld erspart. Intensionsgeld ist immer Erfolgsgeld.

Prüfen Sie

Sie werden finden, daß sich durch Anzeigenwerbung im „Landboten“ die Einnahmen erhöhen.

Schreiber

Inserieren bringt Gewinn!

